

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Amt C 1309 Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Abend
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungssatz Nr. 3164

Das restlose Erfassen aller Vorräte.

Unsere behördlich geregelte Lebensmittelversorgung hat in vollem Umfange versagt. Wenn man von den ländlichen Selbstverorgern abieht, die noch immer ausreichend mit den notwendigen Nahrungsmitteln versehen sind, so leiden die großstädtischen Verbraucher massen direkt Mangel. Sie können mit den ihnen aufstarkenden Lebensmitteln einfach nicht auskommen und fordern vergebens eine Erhöhung der Rationen. Obendrein sind die Verteilungsstellen häufig gar nicht einmal in der Lage, ihnen die Waren, die sie erhalten sollen, auch zu liefern. So fehlt es manchmal in den Großstädten und Industriebezirken wochenlang an Kartoffeln, Gemüse, Hülsenfrüchten und anderen lebenswichtigen Dingen. Andererseits zeigt sich, daß sich auf dem Lande und in den Händen der Händler noch große Mengen von Lebensmitteln befinden, die dann auf dem Wege des Schwarzhandels veräußert werden. Während die behördlichen Organisationen ihre Zusicherungen nicht innehalten können, weil sie von Waren entblößt sind, können die zahlungsfähigen Schichten der Bevölkerung, wenn es ihnen auf den Preis nicht ankommt, alles kaufen, was sie haben wollen. Sobald für eine Ware Höchstpreise festgesetzt werden, verschwindet sie aus dem Handel, kehrt aber von „hintenrum“ wieder zurück und findet zu ungeheuren Preisen willige Abnehmer. Der reelle Handel wird ausgeschaltet, aber der Schwarzhandel blüht und schießt immer mehr in die Höhe.

Die Folge davon ist, daß die Massen der Verbraucher jeden Glauben an den Willen und die Tatkraft der Behörden verloren haben und zu dem Mittel der Selbsthilfe greifen. Das Hamstern wird zu einer Notwendigkeit, denn die Verbraucher sagen sich mit Recht: „Wenn uns Staat und Gemeinden im Stich lassen, so müssen wir uns eben selbst helfen!“ Und sie strömen in Massen aufs Land und schleppen für schweres Geld Säcke und Körbe, Kisten und Kisten voll Lebensmittel heim. Die Landleute freuen sich, daß sie hohe Preise bekommen und mit dem Transport der Erzeugnisse nichts zu tun haben, sie streichen schamlos das Geld ein und betreiben obendrein noch einen schwindelhaften Tauschhandel, indem sie Stäbe und Tee, Petroleum und Lichte und andere Kolonialwaren gegen Speck, Butter, Eier und Bohnen eintauschen. So ist der Beweis erbracht, daß auf dem Lande noch zahlreiche Vorräte vorhanden sind, trotz der behördlichen Bestandsaufnahme und Reichlagnahme. Das Publikum schüttelt unwillig den Kopf über die Erfolglosigkeit der behördlichen Maßnahmen, und die Erbitterung darüber, daß die Massen darben, während die zahlungsfähigen Schichten nach wie vor ein Wohlleben führen, wächst zusehends. Sie macht sich in Streiks und Straßenaufmärschen Luft und immer dringender wird die Forderung erhoben, daß man die vorhandenen Vorräte restlos erfassen und den Verbrauchermassen zuführen müsse. Die rücksichtslose durch-

greifende Anwendung dieses Mittels erscheint als der einzig gangbare Ausweg aus dem Elend unserer behördlichen Lebensmittelversorgung.

Anscheinend schreckt man davor noch zurück und will lieber auf gutlichem Wege, durch Zahlung hoher Preise und durch Gewährung von Anreizprämien, den Widerstand der Landleute brechen und sie zur restlosen Ablieferung ihrer Erzeugnisse veranlassen. Dies Mittel hat augenblicklich versagt, denn die Hamsterer und Schwarzhändler bieten immer noch höhere Preise. Aus Verzweiflung hierüber haben manche Volkswirtschaftler den Vorschlag gemacht, man solle mit der behördlichen Rationierung und Reglementierung überhaupt aufhören und wieder wie früher dem freien Handel das Feld überlassen. Würde man diesem Rats folgen, so kämen wir vom Regen in die Traufe, denn dann würde das kaufkräftige Publikum alle Lebensmittel wegknappen und die unbemittelten Schichten hätten das Radziehen und könnten sich den Mund wischen. Da wird uns denn tatsächlich nichts anderes übrig bleiben, als daß wir die von den Arbeiterorganisationen immer wieder gestellte Forderung erfüllen: die restlose Erfassung der vorhandenen Vorräte!

Es muß zugestanden werden, daß dies nicht so einfach ist, wie manche Leute glauben. Die landwirtschaftliche Betriebsweise, die wesentlich auf der Freiwilligkeit und dem guten Willen der Beteiligten beruht, die große Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe, die eine Kontrolle erschwert, der innere Widerstand der Landleute gegen eine behördliche Regelung der Lebensmittelbeschaffung, der Mangel an verfügbaren Personen, die zur Durchführung einer solchen Maßregel nötig sind, alle diese Dinge bereiten große Schwierigkeiten. Man hat gesagt, der Bauer hat trotz der schärfsten Überwachung immer noch die Möglichkeit, einen Teil seiner Vorräte zu verschleißen und dem Schwarzhandel zuzuführen, es geht auch nicht an, in jeden Stall einen Beamten zu stellen, der aufpasse, wieviel Eier die Hühner legen und wieviel Milch die Stäbe geben, auch sei es noch sehr zweifelhaft, ob die mit der Kontrolle betrauten Personen genügend ehrlich und zuverlässig seien, um den ihnen gewordenen Auftrag auszuführen. Daraus wird gefolgert, daß ein restloses Erfassen der vorhandenen Vorräte überhaupt unmöglich sei.

Diese Behauptung trifft jedoch nicht zu, denn bei ernstlichem Willen und unter Aufbietung aller verfügbaren Kräfte erscheint es sehr wohl möglich, das erstrebte Ziel zu erreichen. Einerseits ist dazu nötig, daß die ländlichen Genossenschaften und auch Vertreter der städtischen Verbraucherorganisationen zur Kontrolle herangezogen werden, wobei man bisher schon gute Erfolge erzielt hat, andererseits wird es nötig sein, die widerstrebenden Landleute mit harter Faust zur Pflichter-

füllung zu zwingen. Es hat wenig Zweck, den Schleichhandel anzugreifen und das Gamstern einzudämmen, die Luette des Nebels muß verstopft werden, indem den Landwirten die Möglichkeit genommen wird, den behördlichen Maßnahmen ein Schnippen zu schlagen und aus der Not des Volkes eine Goldgrube zu machen. Da die Erfahrung gelehrt hat, daß Geldstrafen ihren Zweck verfehlen, weil sie in keinem Verhältnis stehen zu dem erzielten Gewinn, erscheinen strenge Freiheitsstrafen angebracht, die eher dazu angetan sind, den Landleuten Pflichtgefühl einzubläuen. Der Bauer hat Angst vor dem Gefängnis und wenn er erst

merkt, daß man ihn nicht mehr mit Zannetspöfchen ansaßt, sondern daß man ihm die harte Seite zeigt, so wird er endlich zur Besinnung kommen. Es läßt sich auch gar nicht einsehen, warum man gegen Arbeiter mit aller Strenge des Gesetzes vorgeht, während man die Landleute, die durch ihr selbstjüchtiges Verhalten immer neue Erbitterung hervorrufen, mit unverdienter Milde behandelt. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig, und in allererster Linie sollte man die Vaterlandsverräter, die am meisten die Wehrlosmachung unseres Volkes verschulden, mit eisernem Feien aus der Volksgemeinschaft ausfeigen. Das würde wesentlich zur Verbrüderung der Massen beitragen.

Gewerkschaften und Übergangswirtschaft.

II.

(Schluß)

Eine zweite Periode der Übergangswirtschaft wird beginnen, wenn wir die für den Gang unserer Industrien notwendigen Roh- und Hilfsstoffe beschafft haben werden. Wenn wir uns nicht im Friedensvertrage in dieser Richtung sichern können, was viel wichtiger und wertvoller wäre, als der von den Amerikanern angebotene Landerwerb, ist freilich zu befürchten, daß wir erst nach den feindlichen und durch ihre günstigen Geldverhältnisse im Vorsprung befindlichen neutralen Staaten zur vollen Inbetriebnahme unserer Industrie werden kommen können. Wir werden einen sehr großen Bedarf des Inlandes, aber nicht mehr eine so starke Sehnsucht des Auslandes nach unseren Waren in dieser zweiten Periode beobachten können. Wir wissen ja, daß uns die lange Kriegsdauer wirtschaftlich schwer geschadet hat, weil die Länder, die deutsche Waren als unentbehrlich betrachteten, sie in der Kriegszeit erziehen leuteten. Daher werden wir den Auslandsmarkt erst wieder neu erwerben müssen. Das dürfte im Osten Europas leicht sein, im Westen und in anderen Erdteilen aber sehr schwierig. Doch wird diese Schwierigkeit in dieser zweiten Periode nicht so stark empfunden werden, weil die Flöge des Exports bei dem ungeheuren Bedarf der eigenen Wirtschaft und bei den guten Preisen, die man im Inlande erhalten kann, den meisten Unternehmern nicht dringend erscheinen wird. Nachtrage nach deutschen Waren in Deutschland selbst wird unsere Industrie in Gang halten und den Arbeitern Beschäftigung bieten. Tiefe werden dann Gelegenheit haben, vieles wieder gut zu machen, was ihnen in der ersten Periode der Demobilisierung und des Rohstoffmangels zum Schaden gereicht, vorausgesetzt natürlich, daß sie in dieser ersten Periode ihre Organisationen nicht schon so verfallen und innerlich geschwächt haben.

Aber diese Periode völliger Prosperität wird naturgemäß abflauen, sobald die breiten Massen ihre schon in der ersten Periode zusammengedrumpften Ersparnisse völlig verbraucht haben, die Industrie ihre in der Kriegszeit überbeanspruchten Maschinen und Werkzeuge ersetzt hat, alle Verkehrseinrichtungen wieder in Stand gesetzt sind und die Landwirtschaft ihren gewöhnlichen Bedarf gedeckt hat. Dann wird freilich die Übergangswirtschaft im wesentlichen beendet sein und wir werden in eine Zeit kommen, die, so unerschrocken sie erscheinen mag, für lange Zeit der normale Zustand unserer Wirtschaft nach dem Kriege sein wird.

Die Läden des Krieges werden in ganz gewaltigen Steuern zum Ausdruck kommen. Die häßlichen Steuerbürden werden, von den Reichen und Reichlichen abgesehen, alle Privatwirtschaften so stark in ihrem Konsum, vor allem von Industrieartikeln, beengen, daß der wichtigste Anstoß für die Produktion, der Konsum der breitesten Massen, an Bedeutung verlieren wird. Das wird auch einen Produktionsrückgang zeitigen, eine Zurücksetzung der industriellen Reservearmee, die ohnedies durch die staatlichen Monopole und durch die privaten Zündierungen, Kartellierungen und Aufzünierungen erheblich wachsen muß.

Je geringer der Bedarf des inneren Marktes ist, desto lebhafter werden die Unternehmer darauf bedacht sein, den äußeren Markt zu pflügen, den Export zu steigern, das, was der Deutsche nicht kaufen kann, dem Auslande zu liefern. Dieses muß sich aber naturgemäß, soweit es sich um das jetzt feindliche Ausland handelt, in der gleichen Lage wie Deutschland befinden und es wird dem Eindringen deutscher Waren alle möglichen Schwierigkeiten machen. Zu ihrer Überwindung wird der deutsche Unternehmer möglichst billiger zu liefern versuchen, vor allem billiger als England, die Vereinigten Staaten und Japan. Diese Staaten werden aber den Vorsprung der leichteren Rohstoffbeschaffung haben, den der deutsche Unternehmer durch Erspa-

runge an Produktionskosten auszugleichen versuchen wird, hauptsächlich durch höchste Ersparung von Arbeitskraft und möglichst niedrige Löhne. Je widerstandsunfähiger die Arbeiter dann sind, desto vollkommener könnten die Unternehmer ihr Ziel erreichen, die ganze soziale Lage und die Lebenshaltung der Arbeiter aufs tiefste herunterzubringen.

Mit diesen Möglichkeiten und Gefahren müssen die Arbeiter rechnen und dafür sorgen, daß die Gewerkschaften zur Abwehr dieser Gefahren kampffähig sind. Die Arbeiterklasse muß sich aber auch die Voraussetzungen für den gewerkschaftlichen Kampf in politischer Kraft sichern, das Koalitionsrecht, das Vereins- und Versammlungsrecht, die Pressfreiheit, die politische Gleichberechtigung zur Tat werden lassen. Den gewaltigen Aufgaben, die die geschilderte Entwicklung dem Proletariat stellen wird, kann dieses nur genügen, wenn es in geschlossenen Organisationen wirkt, wenn es kraftvoll seinen Kollektivwillen zum Ausdruck bringt und wenn es die Einheit der Arbeiterbewegung im Streben nach neuen und letzten Zielen wieder verwirklicht.

Die Lohnbewegungen in den Gauen Mannheim und Straßburg 1917.

Nachstehend geben wir eine Übersicht über die im Jahr 1917 in den Gauen Mannheim und Straßburg geführten Lohnbewegungen und ihre Erfolge. Genäue Zahlen lassen sich natürlich nicht anführen, da sowohl die Zahl der Teilnehmer wie die der Organisierten fortgesetzt schwankt, eine Reihe von Stadtverwaltungen auch nur rohe Ueberschläge gemacht hat, so daß die aufgewendeten Beträge schwer zu ermitteln sind. Um aber nicht in den Verdacht der Schönfärberei zu kommen, sind jeweils nur die unrichtigen Zahlen genommen, so daß also die Ziffern, die angegeben sind, mindestens erreicht wurden.

Geführt wurden im Gau Mannheim 33 Bewegungen. Davon hatten 18 einen vollen Erfolg, 13 teilweisen Erfolg, zwei eine in Alzen und Landau verheißene resultlos. Betätigt waren an den 33 Bewegungen 7610 Gemeindeglieder, von denen 2110 oder rund 28 Proz. organisiert waren. Nicht einbezogen sind in dieser Zahl der Beteiligten die jeweils bei der gemeindlichen Lebensmittelverteilung beschäftigten Arbeiter, auch nicht die eingerückten, hängigen Arbeiter, so daß, wenn diese auch einbezogen werden da ihnen durch die meisten der geführten Bewegungen ebenfalls Anwendungen gemacht wurden, die Zahl der Kampfer auf etwa 12000 steigt. Erreicht wurde für die 7610 Beteiligten wöchentlich 52310 Mk. Aufbesserung, was, aufs Jahr berechnet, 2586000 Mk. ergibt. Rechnet man die für die Eingekückten erreichten Verbesserungen hinzu, so ergibt sich, selbst bei recht vorsichtiger Schätzung, eine Summe von mindestens 3½ Millionen Mark. Stellt man nun die Gegenrechnung auf und nimmt an, daß die 2110 Mitglieder, die die eigentlichen Träger der Bewegungen waren, durchschnittlich jährlich 30 Mk. Beiträge entrichteten (1916 betrug die Hauptaufnahmehöhe und 20 Mk. pro Mitglieds), so ergibt sich, daß die Summe von 3½ Millionen Mark mit etwa 61200 Mk. Beiträgen erkämpft wurden. Zehlagender läßt sich der Nutzen der Organisation nicht mehr nachweisen. Zeitumständlich sind dabei noch eine Reihe anderer Umstände mit in Rechnung zu stellen, so der notorische Arbeitermangel, das Beispiel der Magernungen bei Gewährung von Zulagen, usw. Aber selbst wenn man alle diese Faktoren mit berücksichtigt, bleibt doch die Tatsache bestehen, daß durch die selbstbewußten Anträge der Organisationen mit verhältnismäßig geringen Mitteln sehr erheb-

liche Summen zur Auszahlung und richtigen Verteilung gelangten. Dabei ist die Zahl der Organisierten nur 28 Proz. Wieviel wäre erst zu erreichen gewesen, wenn vielleicht 70 oder 80 Proz. organisiert und dadurch ein erheblich stärkerer Druck auf die Gemeindeverwaltungen möglich gewesen wäre.

Nun aber auch das Gegenteil. Die Summe von 52340 M. pro Woche ergibt auf einen der 7640 Beteiligten durchschnittlich wöchentlich eine Verbesserung von 6,98, also rund 7 Mark. Was ist das bei der heutigen Teuerung, die trotz der geringen Verbrauchsmenge an Nahrungsmitteln und Gebrauchsmitteln die doppelten und dreifachen Ausgaben erfordert? Rechnet man die Verbesserungen der Familien der Eingekerkerten ein, die naturgemäß geringer sind, so ergibt sich ein noch schlechterer Durchschnitt, also etwa 5 M. pro Woche und Beteiligten. Dabei sollen von dieser Verbesserung um etwa 7 M. wöchentlich im Jahr 1917 nicht eine, sondern meist mehrere, sagen wir im Durchschnitt etwa 4 Personen, die 1917 erfolgten Preiserhöhungen ausgleichen.

In diesen Zahlen sieht man so recht, welch ungeheures Arbeitsfeld dem Verband noch bleibt, um einen auch nur einigermaßen ausreichenden Ausgleich zwischen Zulagen und Teuerung herbeizuführen. Sie zeigen auch, welche gewaltiges Maß von Leiden und Entbehrungen die deutsche Arbeiterklasse, speziell die städtischen Arbeiter durchzumachen haben. Dabei sind die Stadtwahlmänner im Gau Mannheim noch lange nicht die rüchständigen, so daß die genannten Durchschnittszahlen im Verhältnis zum Reichsdurchschnitt sicherlich gute genannt werden können. Die Zahlen zeigen aber auch den Unorganisierten, wie sehr sie selbst zur Verbesserung ihrer eigenen Lebenslage beitragen können und wie sehr sie ihre organisierten Kollegen schädigen dadurch, daß sie nur Nutznießer der Organisation und nicht deren Mitarbeiter sind.

Im Gau Straßburg, der zum Teil noch vom Feinde besetzt, zum weitaus größten Teil aber Operations- und Aufmarschgebiet ist, so daß die Organisation an allen Ecken und Enden durch den verstärkten Belagerungszustand und militärische Rücksichten behindert ist, waren die Erfolge naturgemäß nicht gleich groß wie im Gau Mannheim, wenn auch der Durchschnitt nicht wesentlich hinter dem des Gau Mannheim zurückbleibt. Den vermehrten Schwierigkeiten mußte eben durch eine erhöhte Tätigkeit begegnet werden.

Geführt wurden 13 Bewegungen, von denen 6 vollen, 7 teilweisen Erfolg hatten. Beteiligt waren (ohne Eingekerkerte) 2888 Personen, von denen 102 gleich rund 35 Proz. organisiert waren. Erreicht wurde eine Vervielfachung von 15845 M. oder rund 5,50 M. pro Teilnehmer und Woche. Auf das Jahr berechnet ergibt das immerhin die stattliche Summe von rund 850000 M., denen, bei einer Leistung der Organisierten

von durchschnittlich 30 M. pro Jahr, 30000 M. Ausgaben für Verbandsbeiträge gegenüberstehen. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß weitaus der größte Teil der geleisteten Beiträge den Mitgliedern wieder direkt in Form von Unterstützungen zufließt. Auch dieses Ergebnis zeigt, wie sehr die Erfolge durch eine größere Beteiligung der städtischen Arbeiter an ihrer Organisation gesteigert werden könnten, wie groß die Erfolge durch den Verband und democh wie ungenügend die erreichten Summen im Hinblick auf die Teuerung sind. Mögen die noch Kernstehenden den richtigen Schluß daraus ziehen und beitreten, sonst wird es kaum möglich sein, in diesem Jahr, das sich von vornherein für Lohnbewegungen ungünstig gestaltet, die nötigen Verbesserungen zu erringen. K. B.

♦ Aus den Stadtparlamenten ♦

München i. G. In seiner Sitzung vom 31. Januar hat der Gemeindevorstand ein zustimmendes Gutachten abgegeben zu der Vorlage des Spitalrats betreffs Gewährung von Teuerungszulagen an das Spitalpersonal. Danach betragen die Zulagen etatsmäßiger lediger Beamten und Arbeiter 25 M. monatlich, verheirateter 40 M. monatlich und 15 M. für jedes Kind; etatsmäßige Pensionierte, welche Kost und Wohnung im Spital haben, erhalten 10 M. monatlich, solche, welche Kost allein im Spital haben, 15 M. monatlich. Die Eingekerkerten erhalten nur die Minderzulagen.

München. Der Bürgerausschuß hat am 28. Januar den städtischen Beamten und Angestellten Teuerungszulagen bewilligt, und zwar bei einem Gehalt oder Lohn bis 2100 M. 25 Proz., desgleichen bis 3000 M. 20 Proz., bis 3900 M. 15 Proz., über 3900 M. 10 Proz., daneben Minderzulagen, deren Höhe nicht bekannt ist.

Stettin. Die Kriegsbeihilfen sind durch Beschluß des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung neu geregelt worden. Pächter erhielten Ledige mit einem Einkommen bis zu 3000 M. monatlich 20 M., in Zukunft 25 M.; Ledige mit einem Einkommen über 3000 M. erhielten früher und auch jetzt nach der Neuregelung nichts. Verheiratete ohne Kinder erhalten in Zukunft, statt wie bisher 25 M. monatlich, nun 35 M. Die Minderzulage wurde von 6 auf 7 M. erhöht. Pächterhilfsarbeiter, Hilfsboten und händliche Arbeiter mit einem Einkommen von über 3000 M. bis zu 6000 M. erhalten nur eine Minderzulage von 6 M. pro Kind und Monat. Diese erhöhten Sätze werden rückwirkend ab 1. Oktober 1917 gezahlt.

Waldsiedel. Am 28. Januar hat hier der Bürgerausschuß den städtischen Beamten und Arbeitern neue Teuerungszulagen bewilligt. Dieselben betragen bisher sechzig Mark pro Jahr. Viel schlechter hätte die Stadtwahlverwaltung von Waldsiedel freilich ihre Arbeitsverpflichtung nicht mehr erfüllen können. Jetzt wurden bewilligt: bis 2000 M. Lohn oder Gehalt 30 M., bis 3000 M. 100 M., über 3000 M. 150 M.; die bisher bewilligten 60 M.

Technik und Arbeiter.

Zur Erzeugung der nächstwichtigsten Existenzmittel, zur Ernährung, zum Schutz gegen die Unbilden der Witterung und Abwehr der Raubtiere, ist schon der Urmenich durch seine Sinnesorgane zu einer gewissen Handfertigkeit und Uebung seiner Glieder gedrängt worden. Um sich zu verteidigen oder die Schale von den wilden Früchten zu entfernen, genügte die mustulöse Kraft, die Hand, die Faust nicht immer allein, er erkannte, daß die zusammengeballte Hand durch die Umfassung eines Steines zum Schlag, Schneiden usw. eine Verhärtung erfährt; die Hand wurde dadurch zu einem technischen Hilfsmittel oder Werkzeug: zum Hammer, zur Art oder auch zur Steinlage. Die Technik ist mit dem Leben und der kulturellen Entwicklung des Menschentums eng verbunden; wobei von dem einfachen Gerät bis zur Dynamomaschine und den modernen Feuerwaffen ein weiter Weg zurückgelegt wurde. Wenn in diesem Zusammenhang die Technik oft als eine Kunstfertigkeit bei der Erzeugung von Produkten erklärt wird, so ist begrifflich nur sehr wenig damit gesagt. Wie bei dem Urmenich, so wird auch fortlaufend bis zur Zivilisation der sogenannte Instinkt dabei mitgewirkt haben. Der Instinkt ist aber nichts anderes als eine Summe nützlicher Erfahrungen, die sich im Laufe der Zeit anhäuft und schließlich von Generation zu Generation vererbt hat, also gewissermaßen das in Fleisch und Blut übergegangene Gedächtnis, das aber auch beim Eintreten neuer Verhältnisse verlagern kann. Die großartige Leistungsfähigkeit der Handwerker des Mittelalters, als die Vorläufer der Manufakturperiode mit der Teilung der Arbeit, ist auf eine handlichere Uebung, verbunden mit einem natürlichen Nachahmungstrieb und Schönheitsempfinden, zurückzuführen, wobei auch die praktischen Erfahrungen einen weiteren Ausbau erhielten. Das technische Denken umfaßt deshalb, theoretisch betrachtet, das Schauen und Beobachten der uns umgebenden Natur, sie gibt uns die Anregungen und Vorbilder. Die Natur ist die große Lehrmeisterin der wissenschaftlichen Technik. Die Kenntnis der Naturkräfte und die Gesetzmäßigkeit der unter

ihrem Einfluß sich abspielenden Vorgänge sind die Grundlagen der wissenschaftlichen Technik und Forschung.

In gleichmäßiger Richtung mit der Entwicklung der Naturwissenschaft geht das Fortschreiten der Mathematik, der Physik und Chemie, wozu im weiteren die Mechanik, die Wissenschaft von den Gesetzen des Gleichgewichts (Statis) und der Bewegung der Körper (Dynamik) in Betracht kommt. In Beziehung zur Mechanik steht die Energie, gleich Arbeitsfähigkeit oder Arbeitsvermögen. Die Erkenntnis belagert in Uebereinstimmung mit der Erfahrung, daß durch eine gewisse Arbeit eine gleich große lebendige Kraft erzeugt und andererseits, daß durch eine gewisse lebendige Kraft eine gleich große Arbeit geleistet werden kann, wonach wir in der lebendigen Kraft eine erste Ursache von mechanischer Arbeit haben. Dieses von Robert Meyer im Jahre 1842 aufgestellte Prinzip wurde 1847 von Hermann Helmholtz mathematisch begründet, der dadurch die mechanische Wärmetheorie erweiterte. Die Mathematik, die Größenlehre (durch Raum- und Zahlengröße), ist eine der Hauptstützen der Technik. Helmholtz begründete, daß nach dem Gesetz von der Erhaltung der Kraft der Vorrat an Arbeitsvermögen oder Energie in seiner Gesamtmenge, die irgendwo verloren geht, an einer anderen Stelle wieder erscheinen muß. Dabei sind mechanische Wärme, Licht, Elektrizität, Magnetismus und chemische Arbeitsvorgänge lediglich verschiedene Erscheinungsformen des Weltalls, die gegeneinander umgewandelt werden. Es wird beispielsweise Wärme in mechanische Arbeit umgewandelt, durch die Dynamomaschine mechanische Arbeit in Elektrizität, welche sich wieder in Licht, Wärme, Magnetismus und in chemische Vorgänge oder in mechanische Arbeit umwandeln läßt. Daselbe läßt sich sehr naheliegender auch von der Dampfmaschine sagen, wodurch das Heizmaterial, der Dampf, als Kraftfaktor zur mechanischen Arbeit erzeugt wird. Durch die sich fortwährende erweiterte Kenntnis der natürlichen Kräfte und Stoffe, vereinigt die Technologie in sich das theoretische und praktische Können, bei der Produktion von Bedürfnisgegenständen. Wobei im weiteren vom Mittelalter bis zur jetzigen Zeit durch Förderung der technischen

jährlich sind eingerechnet. Der Bürgermeister erhielt eine Zulage von 1000 M., als Vorsitzender der städtischen Sparkasse wurde seine Vergütung von 300 auf 500 M., und als das nicht genügte, auf 600 M. erhöht, wogegen dann allerdings die Zulage von 1000 M. um 300 M. gekürzt wurde. Seine Gesamtzulage beträgt also 1200 M. Man sieht: Diese Verwaltung, in der keine Sozialdemokraten sitzen, hat keinen Funken soziales Gefühl, sonst würde sie nicht jahrelang eine Zulage von nur 60 M. gewähren und dann bei der endlichen Neuregelung nach dem Grundsatz verfahren: Nach unten mit Köpfeln, nach oben mit Säffeln.

• Aus unserer Bewegung •

Schweinfurt. Unsere Generalversammlung fand am 18. Januar 1918 im Lokale zur pl. Glode statt. Neben den ersten Punkt referierte Gemeindevollmächtigter Genosse Fritz Pfister über „Unsere letzte Lohnaufbesserung bzw. Feuerungszulage.“ Kurz vor Jahreschluss stand Kollege Peter Dümprobit. Bei der Urabstimmung stimmten die Kollegen mit Mehrheit der Beitragserhöhung zu. Der Stand der Kalkulafasse ist gegenwärtig ein sehr guter zu nennen. Versammlungen fanden 6 statt. Im September wurde eine Eingabe an den Stadtmagistrat gemacht um Neuregelung des Stundenlohnes. Derselbe wurde auch um 8 bzw. 11 Pf. erhöht. Eine weitere Eingabe betr. Holzabgabe zum Tarpreis hatte den Erfolg, daß sich jeder Arbeiter gut mit Brennholz eindenken konnte. Die Wahl der Ortsverwaltung ergab Metz als Vorsitzenden, als Kassierer Jos. Fehm; Revisoren die Kollegen Weber und Schneider, Kartelldelegierte Wedel und Schäfer, dieselben auch als Revisoren, Schriftführer Kollege Freund.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Eine politische Streikbewegung.

Das Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Nr. 5, schreibt:

Am 28. Januar ist in einer Reihe deutscher Städte und Industriebezirke eine Streikbewegung ausgebrochen, deren Ursprung lediglich auf politische Ursachen zurückzuführen ist. Die Massenstreiks in Oesterreich und Ungarn haben zweifellos dabei mitgewirkt, auch einen Teil der deutschen Arbeiterschaft auf den gleichen Weg zu drängen, aber aus rein suggestiven Wirkungen läßt sich dieses Heberspringen der Bewegung auf Deutschland nicht erklären. Denn die deutsche Arbeiterbevölkerung ist von Natur aus kühl und erwägender und würde sich nicht ohne tiefere Beweggründe in demonstrative Streiks stürzen, noch dazu unter dem Kriegsstand. Ueberdies beschränkt sich die Bewegung auch nicht auf Berlin, wo der politische Radikalismus einen weitgehenden Einfluß ausübt, sondern es sind Städte und Bezirke aus allen

Teilen des Reiches daran beteiligt, wie Hamburg, Kiel und Danzig, Magdeburg und Dortmund, Nürnberg, Kärth und München. Auch ist eher mit einer weiteren Ausbreitung der Bewegung zu rechnen. In Berlin waren Anfangs nur die Arbeiter einiger Munitionsfabriken beteiligt, die sich ihre Vertreter und eine Streikleitung wählten und in Versammlungen von dem Fortgang der Bewegung unterrichten ließen. Das Verbot dieser Versammlungen hat die streikenden Arbeiter auf die Straße gedrängt, und die Folge war, daß in weiteren Betrieben die Arbeit eingestellt wurde. Die Veröffentlichung der von der Streikleitung aufgestellten Forderungen wurde von der Justizbehörde verboten und dem „Vorwärts“ wegen eines Leitartikels über den Streik für drei Tage das Erscheinen unterjagt. Diese Maßregel wurde von den Arbeitern der graphischen Verufe mit einem Sympathiestreik in den Zeitungsbetrieben beantwortet, worauf am 30. Januar eine Anzahl von Tageszeitungen nicht erscheinen konnten. Auch die am 30. Januar, nachmittags 2 Uhr, veranlaßte Schließung des Gewerkschaftshauses und sämtlicher darin gelegener Gewerkschaftsbüros war wenig geeignet, beruhigend zu wirken. Diese Maßnahme wurde am folgenden Tage dahin eingeschränkt, daß die Angestellten der Gewerkschaften, mit einem polizeilich beschlagnahmten Passierschein versehen, ihre Büros aufsuchen durften; aber der Verkehr mit den Gewerkschaftsmitgliedern blieb gesperrt, und das zu einer Zeit, wo Tausende von Gewerkschaftsmitgliedern durch die Streikbewegung in Mitleidenenschaft gezogen wurden und naturgemäß bei ihrer Organisation har suchen. Auch das Versammlungsverbot ist völlig unterbunden. Das alles führt lediglich dazu, dem Streik neue Nahrung zu geben.

Die Gewerkschaften stehen der Bewegung fern. Man hat sie weder von dem Ausbruch des Streiks verständigt, noch zu seiner Leitung hinzugezogen. Die Bewegung ist anscheinend unmittelbar aus den Arbeitermassen selbst herausgewachsen und ihre Ursachen sind in politischer Misstimmung zu suchen. An Gründen hierfür fehlt es wahrlich nicht. Die Schwierigkeiten der Ernährung und Nothverförmung haben seit langem eine tiefgehende Unzufriedenheit hervorgerufen, die sich auch in Versammlungen oft in erbitterten Zwischenrufen Luft machte. Auch ist das Gefühl der Enttäuschung über den Verlauf der Friedensverhandlungen in West-Paris von der Arbeiterschaft allgemein, und man nicht bloß den Bolschewik die Schuld an der Verschleppung des Friedensschlusses bei, sondern auch der mit den Friedensprogrammen des Reichstags in einem gewissen Widerspruch stehenden Haltung der deutschen Regierungsvertreter. Auch die Rede des Reichskanzlers war nicht frei von Zweideutigkeiten, die für oder auch gegen Amerikona ausgelegt werden konnten. In einer Zeit, in der das Volk vor allem Mitarbeit erwartet, muß dadurch Beunruhigung in die Massen hineingetragen werden. Tief enttäuscht ist die Arbeiterschaft ferner über das Treiben der Reaktionsäre, die unter dem Namen: „Deutsche Vaterlandspartei“ den Krieg durch unvorsichtige Eroberungsschlüsse ins Endlose zu verlängern suchen und durch eine wüste Agitation das gesamte öffentliche Leben vergiften. Am meisten hat jedoch das Gebaren der Wahlkreiskomitee im preußischen Reichstagenhaus und seiner Verfassungskommission die Volksmassen empört. Die Art, wie dort mit der verhasstenen

Bildung und besonders im 19. Jahrhundert durch die technischen Mittel- und Hochschulen, technische Versuchs- und Prüfungsanstalten, das speziellere konstruktive Wissen oder die Konstruktionslehre, wie zur Maschinen- und Bautechnik, bis zur Technik der feinsten Präzisionswerte entwickelt wurde. Zu dem geschichtlichen Werdegang der Maschinenteknik gibt auch Karl Marx in seinem „Kapital“ einige wertvolle Ausführungen; es heißt da:

„Die Manufakturperiode, welche Verminderung der zur Warenproduktion notwendigen Arbeitszeit bald als bewußtes Prinzip ausspricht, entwickelt sporadisch (einzeln, zerstreut) auch den Gebrauch von Maschinen, namentlich für gewisse einfache erste Prozesse, die massenhaft und mit großem Kraftaufwand auszuführen sind. So zum Beispiel in der Papiermanufaktur das Zermalmen der Lumpen durch Papiermühlen und in der Verhüttung von Metallen das Zerstoßen der Erze durch sogenannte Pochmühlen. Die ursprüngliche Form aller Maschinerie hatte das römische Kaiserreich überliefert in der Wassermühle. Die Handwerksperiode vermachte die großen Erfindungen des Kompasses, des Pulvers, der Buchdruckerkunst und der automatisch (durch ein Getriebe) bewegten Uhr. Sehr wichtig wird diese sporadische Anwendung der Maschinerie im 17. Jahrhundert, weil sie den großen Mathematikern jener Zeit praktische Anhaltspunkte und Reizmittel zur Schöpfung der modernen Mechanik bot. Die besondere Maschinerie der Manufakturperiode bleibt der aus diesen Teilarbeitern kombinierte Gesamtarbeiter selbst.“ Und recht treffend wird an einer anderen Stelle gesagt: „Die große Industrie zerriß den Schleier, der den Menschen ihren eigenen gesellschaftlichen Produktionsprozeß verdeckte. Ihr Prinzip, jeden Produktionsprozeß, an und für sich und zunächst ohne Rücksicht auf die menschliche Hand, in seine konstituierenden Elemente aufzulösen, ist die ganz moderne Wissenschaft der Technologie. Die moderne Industrie betrachtet und behandelt die vorhandene Form eines Produktionsprozesses nie als endgültig.“

Unter einer zum Teil nicht unbeträchtlichen Ausdehnung der „Hände“ erhöhte die Maschinenteknik die Massenproduktion und

schuf dadurch zeitweise Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern, die zur Zerstörung der Maschinen und zu blutigen Konflikten führte. Wie in der modernen Zeit durch die Maschinen: technik Arbeiter als überflüssig ausgeschaltet werden, darüber wurde auf der 19. Hauptversammlung der Schiffbauern-Gesellschaft im Herbst vorigen Jahres berichtet. Danach hat die Hamburger Getreidebergwerksgesellschaft, veranlaßt durch „Streits“ (?), sich einen Getreideheber fertigstellen lassen, der bei einer Stundeneistung von 250 Stunden Schwerkgetreide allen Ansprüchen bezüglich Leistung und Entlohnung genüge. „Die gesamte Bedienungsmannschaft beträgt hierbei nur 15 Mann, während bei der Entlohnung mittels Handbetriebs 250 Mann erforderlich sein würden.“ Jedoch die Gegensätze bestehen hier nur scheinbar. Die Fabrikation von technischen Erzeugnissen sagt die freigemachten Hände wieder auf. Maschinen werden mit Hilfe von Maschinen geschaffen, wobei bekanntlich Deutschland an der Spitze des Exportes von Werkzeugmaschinen markiert. Die Anwendung der Maschinenteknik verbilligt aber auch die Bedürfnisgegenstände und kürzt den Produktionsprozeß ab, wodurch im weiteren für die organisierte Arbeiterschaft der Weg gebnet wurde, mehr und mehr eine Einschränkung der Arbeitszeit zu erreichen.

Wie die maschinelle Technik sich mit ihren Leistungen fortlaufend den Bedürfnissen der Zeit anpassen muß, so hat sie auch nicht unbedeutend dazu beigetragen, den Menschen die Arbeit zu erleichtern. In der Industrie, im Bergbau, beim Bau und Transport werden, bis in die Landwirtschaft hinein, überall sehen wir die Erfolge der Technik und besonders der Maschinenteknik, wo ohnedem in vielen Fällen eine Ausübung größerer Kräfte schwerer oder gar nicht denkbar wäre. Wenn schon die Erleichterung der Arbeit an und für sich dazu angetan sein muß, den Menschen mehr zu fördern, so ist die Technik speziell, wie die Unfallverhütungs- und Gesundheitschutztechnik, auch berahigt, in den gewerblichen Betrieben den Schutz der Arbeiter durch geeignete Vorrichtungen zu erhöhen. Die Notwendigkeit und weitere Erwidlung der Technik und der

id Danzig, ...
 n rechnen, ...
 nitionen, ...
 reileitung, ...
 eung, ...
 hat die ...
 folge war, ...
 Die Ver ...
 derungen ...
 Vorwärts ...
 das Er ...
 eiten der ...
 Zeitungs ...
 zahl von ...
 Januar, ...
 aftschaufes ...
 dar wenig ...
 wurde am ...
 der Ge ...
 eiten ver ...
 mit den ...
 inner Zeit, ...
 Streikbewe ...
 bei ihrer ...
 ist völlig ...
 treift neue

gleichberechtigung aller Staatsbürger Schindluder getrieben wurde, war nur zu sehr geeignet, einen Teil unserer Arbeiterkraft um den letzten Rest ruhiger Bestimmung zu bringen.

Wir haben vor zwei Wochen an dieser Stelle vor den aufreizenden Wirkungen einer solchen Wahlrechtsfabrikation gewarnt und auf den Ernst die Situation hingewiesen. Man hat unsere Warnungen verkannt und versucht, sie in Drohungen umzuwandeln. Dieselbe Presse, die im Dienst der Vaterlandspartei am meisten dazu beigetragen hat, den inneren Frieden systematisch zu untergraben, dürfte uns ungestraft als Landesverräter verleumdete. Daß eine solche Entwicklung der Dinge selbst die ruhigen Deutschen Arbeiterschichten außer Rand und Band bringen kann, erscheint nur allzu menschenlich begreiflich.

Reifliche Erwägungen hätten sicherlich zu dem Schlusse geführt, daß den Friedensverhandlungen mit einem deutschen Massenstreik wenig gedient sein kann. Auch der gegenwärtige Zeitpunkt, in dem ein Teil der Munitionsbetriebe sowieso wegen Kohlenmangels sich Feuerfächeln auferlegen muß, dürfte für gewerkschaftlich gesinnte Leute als der ungeeignteste erschienen sein, um eine solche Bewegung mit raschem Erfolg abzuschließen. Aber ernste Erwägungen haben wohl überhaupt nicht an der Wiege dieses Streiks gestanden, sondern lediglich die Erwitterung über das der Arbeiterkraft fortgesetzt widerstrebende Unrecht und der Gedanke, dieser Stimmung nach außen hin Ausdruck zu geben.

Angeichts des rein politischen Charakters der Streikbewegung hat es der sozialdemokratische Parteivorstand für zweckmäßig befunden, sich in der Leitung des Streiks durch 3 Abgeordnete vertreten zu lassen. Dieser Schritt ist vielfach in der Öffentlichkeit dahin gedeutet worden, als ob die Partei die Bewegung damit zu ihrer Aktion machen wolle. Das trifft sicherlich nicht im entferntesten zu. Vielmehr wurde der Parteivorstand zu seinem Schritte einzig durch das Verlangen zahlreicher Parteimitglieder gedrängt, die am Ausstände beteiligten Arbeitermassen nicht einzig der Leitung der Unabhängigen und Internationalen zu überlassen, sondern durch Mitberatung dafür zu sorgen, daß die Bewegung in geordneten Bahnen und zu einem vernünftigen Abschluß geleitet wird. Man kann dem Parteivorstande für sein Eintreten nur Dank wissen, denn weder der Partei, noch der Landesverteidigung würde damit gedient sein, wenn der Ausgang der Bewegung ein anderer sein würde.

Es wäre nur um so dringender zu wünschen, daß auch von Seiten der Regierung alles getan würde, um die Arbeiterkraft zu beruhigen. Das kann natürlich nicht durch Versammlungsverbote, Zeitungsverbote und Schließung der Gewerkschaftshäuser geschehen und nicht durch die Weigerung des Staatssekretärs vom Reichsamt des Innern, eine Abordnung streikender Arbeiter zu empfangen und mit ihr zu verhandeln, sondern es bedarf aller Garantien, daß die Bewegung in geordneten Bahnen verlaufen kann. Vor allem aber müssen die Kräfte der verbitterten Volksstimmung behoben werden. In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wird eine offiziöse Kundgebung veröffentlicht, in der es heißt:

„Ein von Streikenden in Berlin gebildeter Ausschuss hat Forderungen aufgestellt, die sich u. a. auch mit innerpolitischen Fragen befassen. Soweit sich daran ein Zweifel an der Entschlossen-

heit der Regierung ausdrückt, die von ihr zugesagten Reformen im Innern durchzuführen, gehen sie von einer völlig falschen Voraussetzung aus.“

Wenn die Regierung die Gewähr bietet, daß das gleiche Wahlsrecht trotz des Treibens der Wahlrechtsfabrikation durchgesetzt werden soll, so würde dadurch der Feind der Bewegung schon erheblich geschwächt werden können. Auch eine bindende Verpflichtung auf die Herbeiführung eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen würde in gleicher Richtung wirken. Endlich würden durchgreifende Maßnahmen in der Lebensmittelversorgung notwendig sein, um über die Mißstimmung hinwegzukommen.

Die Zentralkomitees der christlichen Gewerkschaften, Christlich-Deutscher Gewerkschaften und Volkslicher Berufsvereinigungen haben öffentliche Erklärungen gegen die Streiks erlassen. Die Generalkommission hat erklärt, daß sie dem Streik fern stehe, ihm aber mit völliger Neutralität gegenüberstehe und mit keinerlei Beschlüssen zu demselben Stellung genommen habe.

Die Gewerkschaften müssen jede Verantwortung für den Ausbruch des Streiks wie für seine weitere Ausbreitung ablehnen, so sehr auch gewisse Kreise beflissen sind, ihnen eine solche Verantwortung zuzuschreiben. Daß die Gewerkschaften die Landesverteidigung nicht gefährden wollen, verbürgt ihr ganzes Verhalten seit Beginn dieses Krieges. Mögen jetzt diejenigen Kreise, die in Wirklichkeit die Verantwortung für die Zerstörung des inneren Friedens tragen, angesichts der Früchte ihres Tuns einlenken und das Gemeinheitsinteresse des deutschen Volkes über ihre ehrsüchtigen und herrschsüchtigen Bestrebungen stellen, und möge eine einsichtsvolle Reichsregierung dafür sorgen, daß dieses Gemeinheitsinteresse des deutschen Volkes ausschließlich zur Geltung gelangt. Dann wird dieser erste deutsche Massenstreik in Deutschland auch der letzte bleiben. Wenn es anders kommen sollte, dann gehen wir trübe in die Zukunft!

In Nr. 6 kommt das „Correspondenzblatt“ noch einmal ausführlich auf die Streikbewegung zurück. Es stellt noch einmal die Ursache fest, die bei den Leuten der Vaterlandspartei, bei der Ernährungsfrage und der Verschleppungspolitik in der preussischen Wahlrechtsfrage zu finden sind. Ausführlich wendet sich das „Correspondenzblatt“ gegen den Formalismus der Regierung bei den gescheiterten Verhandlungsversuchen. Weiter heißt es: Die Reichsregierung täte wahrlich klüger, wenn sie die Dinge nähme, wie sie sich nun schon einmal entwickelt haben. Ein Teil der Arbeiterkraft ist durch Heberarbeit und schlechte Ernährungsverhältnisse, durch Mangel an Licht und Heizung, durch Bewunderung und durch die Erfahrung, daß die Wohlhabenden sich keine Einschränkungen aufzuerlegen brauchen, erbittert, durch die unversöhnliche, freisprechernde Agitation der Vaterlandspartei schwer gereizt, durch die Verschleppung der Wahlrechtsreform herausgefordert und durch das zweideutige Verhalten der Regierung in der Ernährungsfrage benutzigt und macht sich nach dem Beispiel der österrösischen Kameraden in Ausständen Luft. Die Ausstände fallen in eine Zeit teilweiser Betriebsruhe, in der die Regierung die feierten Arbeiter entschädigen muß; um so weniger brauchte sie daher

Man hat ...
 zu seiner ...
 unmittel ...
 ihre Res ...
 Gründen ...
 er Ernäh ...
 tiefgehende ...
 mmlungen ...
 das Ges ...
 sverband ...
 und man ...
 schleppung ...
 Friedens ...
 nehenden ...
 Rede des ...
 für oder ...
 einer Zeit, ...
 nach Beun ...
 rüstet ist ...
 onäre, die ...
 rieg durch ...
 ren suchen ...
 Leben ver ...
 schiedene ...
 ommission ...
 erheben

technisch-maschinellen Betriebsweise ist daher in den Gedanken gang der modernen Arbeiterkraft übergegangen und jetzt unzweifelhaft darin verankert. Wenn so die Dinge, vielleicht zu optimistisch betrachtet, sich in besseren Lichte zeigen, so ist es um so mehr zu beklagen, daß bei allem technischen Können immerhin noch Einrichtungen und Zustände in den Betrieben, Fabriken usw. bestehen, die als menschenfeindlich und für eine sorgeschrittene Kultur als unwürdig bezeichnet werden müssen. Soweit hier nicht noch andere Erscheinungen aus der kapitalistischen Wirtschaftsform als ursächlich mitwirken, so steht vor allem die Technik noch viel zu einseitig im Dienst des profitstiftenden Produktionsprozesses und demnach der ganze Industriebetrieb nur gering im Dienste einer ausgleichenden sozialen Fürsorge.

Wie aus der technischen Fachliteratur und der Unternehmenspresse hervorgeht, soll in Folge des Menschenverlustes durch den Krieg nach Friedensschluss eine größere Arbeitsleistung von den Beschäftigten verlangt werden; wobei als sogenannt „Tayloristischem“ selbst für das Baugewerbe als mitwirkend in Aussicht gestellt ist. Wenn die Arbeitsleistungen schon vor dem Kriege unter dem Druck des starken Angebots von Arbeitskräften, durch Förderung der Frauarbeit, Heranziehung von ausländischen Arbeitern und Anwendung der Motorarbeit, bis auf das äußerste gesteigert waren, so kann in Anbetracht unserer gesundheitlich heruntergekommenen Industriearbeiter eine weitere Erhöhung der Produktion wohl nur durch eine gründliche Veränderung des technischen Betriebsverfahrens denkbar sein. Und dabei wird man dann Wert darauf zu legen haben, die alten mitschädlichen und eingegengenen Apparate, Werkstätten usw. zu beseitigen und möglichst mehr zusammenhängende oder konzentrierte Betriebe zu schaffen, die zu dem Zweck der Leistungssteigerung der Technik größere Möglichkeiten bieten und wozu auch eine bestimmte Ausgestaltung der sogenannten Wohlfahrtsleistungen (Kantinen, Speise- und Badehäuser) durch gezielte Maßnahmen zur Geltung gebracht werden kann. Die Instandhaltung und Bauschutz wird hier auch nach den Forderungen der Hochschulen in

jeder Hinsicht vor neue Aufgaben gestellt. Auch die äußere und innere Ausführung dieser Betriebsgebäude braucht nicht kalt und ungeschön zu wirken. Mit sehr einfachen Mitteln läßt sich architektonisch der alte Fabrik-Zwingburgenstil abstreifen. In diesem Zusammenhang wird dann im Interesse einer Erhöhung der industriellen Leistungsfähigkeit möglichst überall eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf 8 Stunden eintreten können, wodurch einer Ueberanstrengung der Arbeiter vorgebeugt werden muß. Denn der alte Handwerker glaube, daß die Arbeit an oder mit Hilfe der Maschine einformiger oder weniger Aufmerksamkeit oder Geschick erfordert, ist längst über Bord geworfen. Die Bedienung und Ausnutzung der Maschine verlangt bei ihrem gleichmäßig rastlosen Gang vor allem auch eine verantwortliche Heberarbeit.

Die Arbeiter werden sich einer weiteren Entwicklung verbesserter Arbeitsmethoden immer anpassen müssen. Aber dabei ist auch erforderlich, daß die theoretische Bildung zur Technik schon früh in der Volksschule einsetzt. Bei dem Mangel an natürlichen Rohstoffen wird Deutschland nach dem Kriege, wenn es seine Beziehungen zum Auslande wieder aufnehmen will, das nur durch eine Qualitätsindustrie mit einer Qualitätsware erreichen können. Und deshalb fordern die technischen Hochschullehrer mit uns auch für die Industriearbeiter einen „Aussitz der Begabten“, denn „eine Qualitätsindustrie erfordert auch Qualitätsmenschen“. Dabei wird nicht nur eine Ausbildung der Handgeschicklichkeit, sondern auch eine weitergehende Kenntnis des Materials und der Bearbeitungsweise durch Nachdenken usw. in Frage kommen. Die Technik soll auch den Menschen nicht herabdrücken. Nicht ein „System der Abrackerei“, wie das „Tayloristischem“, welches die rohe Kraft des Arbeiters mechanisch steuert und an-Leuten will, brauchen wir, sondern mehr Allgemeinwissen, verbunden mit einer größeren geistigen Elastizität, den dem Arbeiter ermöglicht, in kurzer Zeit zu neuen Arbeitsmethoden überzugehen und sich dem Entwicklungsstand der Technik anzupassen.

G. Heintze.

einen mehrtägigen Streik einiger hunderttausend Leute tragisch zu nehmen, zumal auch die Gefährlichkeit gegenwärtig stark herausgehört ist. Von einer Frontgefährdung kann also gar keine Rede sein. Da geht es die Mühseligkeit, die Arbeiterschaft ruhig anzuhören, ihre Beschwerden zu untersuchen, ihren Forderungen Prüfung zu zuführen und ihre Zweifel durch bündige Erklärungen zu widerlegen. So hat die österreichische Regierung gehandelt, so auch die ungarische, und beide sind gut dabei gefahren. Die Streiks waren binnen wenigen Tagen ohne Nachwehen beendet. Können wir also der Reichsregierung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie, besonders durch die formalistische Haltung des Staatssekretärs im Reichsamt des Innern, nicht alles tat, um den Streik schnell und in einer Weise beizulegen, die möglichst wenig Erbitterung zurückließ, so trifft der gleiche Vorwurf die Streikführer im Lager der „unabhängigen“ Sozialisten doppelt hart, die auch die Verhandlung auf der vom Reichszentraler gewünschten Grundlage hinführten. Der Reichszentraler hatte, wie schon erwähnt, die Hinzuziehung der Generalkommission der Gewerkschaften zu den Verhandlungen vorgeschlagen, um dadurch die Teilnahme streikender Arbeiter in ihrer Eigenschaft als Gewerkschaftsmitglieder zu ermöglichen. Die Generalkommission konnte natürlich mit ihrer Vertretung betrauen, wenn sie wollte, und der vom Staatssekretär des Innern in Ablehnung an frühere Präzedenzfälle eingenommene Standpunkt wäre dadurch umdrehbar worden. Die Generalkommission selbst hatte, obwohl sie dem Streik nicht nur fernstand, sondern auch neutral zu bleiben entschlossen war, ihre Vereidigung erklärt, den vom Reichszentraler vorgeschlagenen Weg zur Verständigung zu betreten, weil sie der friedlichen Beilegung des Streiks nicht hinderlich sein wollte. Der sozialdemokratische Parteivorstand stimmte ebenfalls dem Vorschlag zu, der aber von den „unabhängigen“ rundweg abgelehnt wurde. Sie nahmen das Oidium auf sich, den politischen Ausnahmestand der Berliner Arbeiter zu einer völligen Niederlage zu führen, indem sie sich weigerten, mit den Vertretern der Gewerkschaften zusammen zu verhandeln. Vom rein gewerkschaftlichen Standpunkt muß diese Haltung der Unabhängigen aufs schärfste zurückgewiesen werden. Ihr liegt das gleiche Prinzip zugrunde, das die schwerindustriellen Scharfmacher bei Arbeitereinstellungen zu verfechten pflegen. Die zwar mit ihren streikenden Arbeitern verhandeln, die „Ermüdung“ eines Dritten, der Gewerkschaft, nämlich, in ihre Angelegenheiten ablehnen. Die Reichsregierung erkannte die wirtschaftliche Organisation der Arbeiter als verhandlungsfähig an, weil sie in der Tat eine Vertretung der Arbeiterklasse darstellt, die „unabhängigen“ Dabizeher in Berlin wiesen auch diesen Weg der Verständigung zurück und ließen die Arbeiter lieber mit dem Gefühl der Verlassenheit in die Betriebe zurückkehren, als daß auf dem Verhandlungswege mit den Gewerkschaften gemeinsam ein möglicher Ausgleich gesucht wurde. . . . Die Unabhängigen haben durch ihr Verhalten einen solchen Ausgang der Streikbewegung in Berlin verhindert, sie haben die Politik der schlimmsten Arbeiterfeinde gefördert und die Arbeitermengen schmächtig preisgegeben. Die Folge ihrer Sabotierung der vom Reichszentraler ermöglichten Verhandlungen ist die sofortige Militarisierung einer Anzahl Großbetriebe mit dem damit zusammenhängenden Verlust wichtiger Arbeiterrechte und die Einziehung zahlreicher Arbeiter zu den Fabriken und die kriminelle Verfolgung einer nicht geringen Zahl von Arbeitern, die sich in die Märsche der Kriegsgesetze verstrickten. An Stelle eines geordneten Abwands des Streiks, nachdem er den einzig möglichen Zweck einer Demonstration erreicht hatte, verdankt die Berliner Arbeiter der Unabhängigen eine politische und wirtschaftliche Niederlage, wie sie schlimmstenfalls in Berlin nie zu verzeichnen war. . . . Die Stimmung der Arbeitermassen, die dem Ausnahmestand den Nährboden gab, war uns nicht nur bekannt, sondern auch in vollem Maße verständlich, und wir haben an dieser und anderen Stellen unsere warnende Stimme lange vorher erhoben. Als der Streik ausbrach, haben wir uns des Eingreifens enthalten, das auch von niemand erhofft wurde. Der Parteivorstand wurde von den Streikenden gerufen und folgte dem ihm übermittelten Wunsch. Höher als der Parteivorstand stand ihm die Sache der Arbeiter. Er erwiderte nicht den Einwand, daß man ihn vorher nicht befragt hatte, sondern er hielt der Arbeiterklasse die Treue, die sie von ihm begehrte. Die Unabhängigen allein betrieben auch in jenen ersten Tagen die Arbeiterzerfplitterung, und ihre Verhinderung der Verhandlungen auf der vom Reichszentraler ermöglichten Grundlage diente dem gleichen Zweck. . . . Diese Arbeiterzerfplitterung ist Arbeiterverrat. Das Urteil darüber wird die deutsche Arbeiterklasse mit klterer Gemütskraft sprechen, daran zweifeln wir nicht. Die beste Antwort in die Richtung der Generalkommission und der gewerkschaftlichen Disziplin, der Kampf gegen die sozialistischen Tendenzen, die sich unter der Decke gegen die Gewerkschaftsführer verborgen. Schon lebt die ganze arbeiterschaftliche Presse vor Vergnügen über die Zurückgang der Arbeiter durch die Unabhängigen. Sie wüßten Morgenluft. Aber die deutsche Arbeiterklasse wird an der einen Niederlage in Berlin genug haben und durch die Fernhaltung der sozialdemokratischen Tendenzen von ihren Gewerkschaften ihre Widerstandskraft im wirtschaftlichen Kampfe sichern und stärken. Das ist die wichtigste, aus den Berliner Vorgängen zu ziehende Lehre.

Rundschau

10 Milliarden Familienunterstützung. Die Aufwendungen an Unterstützungen für die Familien der Kriegsteilnehmer befinden sich in dauerndem Steigen. Das ist eine Folge des fortgesetzten Ausbaues der Fürsorge. Bei Kriegsbeginn wurden die Rindesätze, die der Staat trägt, für eine Ehefrau von 6 auf 9 Mk. monatlich im Sommer und von 9 auf 12 Mk. im Winter und für jedes Kind von 4 auf 6 Mk. erhöht. Vom November 1915 an betragen diese Sätze 15 Mk. für eine Ehefrau und 7,50 Mk. für eine sonstige anspruchsberechtigte Person. Im November 1916 wurden diese Beträge auf 20 und 10 Mk. erhöht. Die zuletzt ergangene Verordnung vom 2. November 1917 stellt den Gemeinden eine weitere Erhöhung anheim und sichert die Erstattung der neuen Zulagen bis zu monatlich 5 Mk. vom Reich zu. Daneben ist auch fortgesetzt der Kreis der Unterstützungsberechtigten erweitert worden. So soll z. B. die Unterstützung nach drei Monaten über den etwaigen Tod des Kriegsteilnehmers oder über seine Entlassung mit Rente hinaus, sonst bei seiner Rückkehr in die Heimat noch den folgenden halben Monat bezahlt werden, ferner sollen die unehelichen Kinder, die Pflegekinder und noch verschiedene andere Angehörige des Ehemannes unterstützt werden. Die zu Lasten des Reiches gezahlten Unterstützungen erhöhten sich von 26 Millionen Mark im August 1914 auf 93 Millionen Mark im August 1915, 128 Millionen Mark im August 1916 und 177 Millionen Mark im August 1917. Bis zum 1. Oktober 1917 wurde der Gesamtbetrag von 4579 Millionen Mark ausbezahlt. Die Zuschüsse der Gemeinden sind in ihrem Gesamtbetrag noch nicht festgestellt. Im einzelnen werden sie ganz erheblich von einander ab. Während in den kleineren Orten die Zuschüsse ganz gering sind und sich häufig nur auf Mietbeihilfen erstrecken, betragen sie in den Großstädten meist 100 bis 300 v. H. der monatlichen Rindesätze. Das sind für die Gemeinden oft recht hohe Aufwendungen. So wendeten z. B. bis Ende 1916 aus eigenen Mitteln auf Nürnberg rund 15 Millionen Mark, Düsseldorf rund 20 Millionen Mark, Stettin 11 Millionen Mark, Mannheim 10 Millionen Mark, Chemnitz 17 Millionen Mark, Elberfeld 16 Millionen Mark usw. Die Gemeinden haben diese erheblichen Summen durchweg auf dem Wege des Anlehns, meist durch Anleihen, häufig gemacht. Um den Gemeinden die Zuschußpflicht zu erleichtern, haben sowohl die einzelnen Bundesstaaten als auch das Reich Vorstellen vorgehen. So hat die preussische Staatstafel bis Ende 1916 den Gemeinden 1301 091 Mark für ihre Zuschüsse zu den gesetzlichen Rindesätzen erteilt. Das Reich gewährt Beihilfen zu der Fürsorge auf Rechnung der Gemeinden aus dem sogenannten Wohlfahrtsfonds, der im Laufe des Krieges von monatlich 10 auf 40 Millionen Mark erhöht wurde. Die Auslagen für das Reich (die Rindesätze) sollen nach dem Familienunterstützungsgesetz erst nach Beendigung des Krieges erteilt werden. Seine lange Dauer führte jedoch dazu, den Gemeinden Abschlagszahlungen zu ermöglichen. Sie jetzt haben sie in zwei Vösten den Betrag von etwa einer Milliarde Mark erhalten. Da man den Betrag, den die Gemeinden aus eigenen Mitteln aufzubringen, auf reichlich ebenso hoch als die Staatsunterstützung schätzen kann, so ist die bis Ende 1917 insgesamt gezahlte Familienunterstützung auf annähernd 10 Milliarden Mark zu beziffern. Jedenfalls eine gewaltige, bei Ausbruch des Krieges nicht geahnte Summe. Bei allem ist der einzelne Betrag noch immer viel zu gering in dieser Zeit mahlloser Not.

Die deutschen Spartakisten während des Krieges. Diesen Gegenstand behandelt der Herrmann des deutlichen Spartakisten, Landesbankrat a. D. Spartakistenführer H. Reich (Berlin), in einem lebenswerten Aufsatz. Reich betont eingangs, daß die Haltung der Spartakisten und der Sparrer zu den zahlreichen erfreulichen Hervortreibungen gehörte, die das deutsche Wirtschaftswesen während des Krieges brachte, und schließt dann die Vorgänge des Kriegsausbruchs, die einem kurzen Ansturm auf die Märsche sehr bald eine auffallende Gegenbewegung, einen Ansturm von Sparrern, die ihr Geld zur Spartakisten beizulegen, folgen ließen und eine Erbitterung von Dauer herbeiführten, die dem deutschen Spartakistenwesen während des Krieges das eigenartige Gepräge verleiht. Die Mitteilungen lauten weit unter das in Friedenszeiten gewohnte Maß, und andererseits zeigen die regelmäßigen Zugänge von Tag zu Tag, so daß einschüßlich des fast gänzlichen Ausbleibens des Oppositionsgeistes die erste Kriegsanleihe geradezu eine Erlösung für die Spartakisten bedutet. Der Herberstuf der Einzahlungen über die Auszahlungen ist nach Reich während des Krieges auf mindestens 11 bis 15 Milliarden zu klären, von denen nach Wegzug der Kriegsanleihezahlungen mindestens 2 bis 1 Milliarde Mark den Sparrern verbleiben. Reich unterbindet, welchen Charakter die den Spartakisten zugehörigen Separationen haben und kommt zu dem Schluß, daß den unruhigsten Anteil die eigentlichen Erparnisse bilden.

Wenn auch die Kosten der Lebenshaltung ganz erheblich gestiegen sind, so haben sich doch die meisten Arbeiter auf anderen Gebieten große Ersparnisse ansehn. Es zeigt sich das bei den Spartakisten schon in dem starken Rückgang der Abhebungen und in einem gewissen Zugange neuer Sparrer, der

sehr viel größer ist als in Friedenszeiten. Der Prozentanteil der Zahl der kleineren Guthaben, unter denen man vorzugsweise die „eigentlichen Sparere“ zu suchen hat, ist gesunken, und derjenige der „großen Guthaben“ ist gefallen. Der Durchschnittsbetrag eines Sparguthabens ist jetzt niedriger als in Friedenszeiten. Es ist eine alte Erfahrung, daß die Sparere mit großer Zähigkeit an ihrem Sparkapitalien festhalten und sich scheuen, sie für normale Bedürfnisse, etwa zur Beschaffung von Möbeln und sonstigem Hausrat und dergleichen, zu verwenden. Dazu verwenden sie ihre Einnahmen, die sie noch nicht der Sparkasse anvertraut haben. Die Sparkassen dürfen also mit Zuversicht der Friedenszeit entgegensehen. Der Spargebau, der während des Krieges in so weite Kreise getragen worden ist, wird weiter wirken, nicht nur bei den alten Spareren aus Friedenszeiten, sondern auch bei den Millionen neu gewonnenen Sparere.

Die Montionsvereinsparfassen können im allgemeinen die von Neuß gemachten Wahrscheinungen bestätigen. Besonders das Jahr 1917 hat ihnen ganz ungewöhnlich starken Zuwachs an Spareinlagen gebracht. Die beiden Vereine, die den größten Spareinlagenbestand aufweisen, die Montionsgenossenschaft Berlin und Langenhagen und der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“, Hamburg, berichten über außerordentliche Zunahme bei ganz geringen Abhebungen. Bei letztgenannter Genossenschaft ertrug sich dieser Vorgang auch auf den Fonds, der verhältnismäßig in geringem Maße in Anspruch genommen wurde als in den Friedensjahren. Die guten Erfahrungen, die die Verbraucher mit der Verlegung ihrer Spargelder in den Aktien der eigenen Unternehmungen machten, werden voraussichtlich dazu beitragen, daß die günstige Entwicklung auch nach dem Kriege fortbesteht.

Die Schuld an der Teuerung. Die Frage, wen die Schuld an der Teuerung trifft, ist eine viel umstrittene. In den Kreisen des Handels und der Landwirtschaft behauptet man, die „hohen Löhne“ der Arbeiterschaft trügen die Schuld an den hohen Preisen für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. Daß dem nicht so ist, sondern daß die Löhne erst erhöht wurden, nachdem die Arbeiter mit den geringen Löhnen nicht mehr die gesteigerten Lebensunterhaltungskosten tragen konnten, ist schon mehr als einmal nachgewiesen worden. Der Gegenbeweis, daß zuerst die Löhne gestiegen seien und dann erst die Lebensmittel, konnte bisher nicht erbracht werden. Es ist bekannt, daß man zum Höchstpreis manches nicht haben kann. Nicht nur Einzelpersonen, sondern auch Nützlichbetriebe und sogar Kommunalverbände mußten mehr als einmal dazu übergehen, den Höchstpreis zu überschreiten, um überhaupt Lebensmittel zu erhalten. Trotzdem verstanden weite Kreise der Landwirtschaft und des Handels ihr Verhalten damit zu rechtfertigen, daß die hohen Preise ihnen angeboten, ja „geradezu aufgedrängt“ worden seien, daß also die Schuld an der Lebenssteigerung der Höchstpreise nicht die Produzenten und Händler, sondern die Konsumenten trügen. Es mag ein Mäandri Wahrheit darin liegen, daß die Konsumenten hohe Preise anbieten und nach anbieten. Das geschieht aber nicht, weil sie ihr Geld los sein wollen oder weil ihnen das Zahlen der hohen Preise Verdrüß macht, sondern es geschieht lediglich deshalb, um die von Landwirtschaft und Handel zurückgehaltenen Waren, die sie zu normalen Preisen nicht herausgeben, zu bekommen. Nur die bittere Not zwingt die Konsumenten, hinauszugehen aufs Land, um dort für höhere Preise sich einige Lebensmittel zu erbitten. Da Hunger weh tut und jeder etwas zu erhalten sucht, überbot man sich und die Landwirte und Händler nutzten die Not des Volkes vielfach aus. Es ist eine bekannte Tatsache, daß man auf dem Lande bei dem Angebot von hohen Preisen vielfach abgewiesen wird mit dem Bemerkung, dafür seien Lebensmittel nicht zu haben. Sie die Landwirte könnten leicht mehr bekommen. Sie veranlassen damit, den sich in Not befindlichen Konsumenten oder auch Meise, denen es aufs Geld nicht ankommt und die noch nicht gelernt haben, sich anzuschließen, noch höhere Preise anzubieten. So treibt ein Teufel den anderen. Man kann aber gewiß nicht sagen, daß die Konsumenten nun die Schuld daran tragen, daß die normalen Preise und die Preise im Schleichhandel von Woche zu Woche gestiegen sind. Die Hauptschuld tragen die Landwirte und Händler, die ihre Produkte so lange zurückhalten, bis weite Meise, sogar Nützlichbetriebe und Kommunalverbände gezwungen waren, höhere Preise zu bezahlen. Eine durchgreifende Maßnahme der Regierung leider noch immer nicht erfolgt.

Tributleistungen der Käufer. Den Schleichhandel und seine gewissenlose Ausbeutung der infolge von unzulänglicher Rationierung auf ihn angewiesenen Bevölkerung verurteilt alle Welt. Denn sie ist und damit nicht auszuweichen kann. Wen weniger entzweit man sich über gewisse in regulären Handel eingerissenen Zustände, die nicht minder scharf als Ausbeutung des laufenden Verkehrs getraudmarkt werden müssen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß den Durchschnittskäufer, welcher sich nicht zur Deckung eines Bedarfs entscheidet, dabei auf Schwierigkeiten aller Art stößt, während der gewählte, der sich von vornherein zu bestimmten Gegenleistungen bereit zeigt, ohne Weiterungen verdrückt wird. Solche Tributleistungen des Konsumenten an den Lieferanten, mit denen der Schwächere von zwei Gegnern nur zu häufig seine Unterlegenheit zu bezeugen pflegt, bestanden zu Anfang des Krieges

nur in der stillschweigenden Uebergehung von Unregelmäßigkeiten, wie unzulängliches Gewicht, geringwertige Ware usw., die der Käufer ehemals beanstandet haben würde. Später, als es beispielsweise noch keine Zeitkarten gab, die Butter aber nur viertel-pfundweise und mit beträchtlichem Zeitverlust „erstanden“ werden konnte, bot man gefälligen Verkäuferinnen eine Schokoladentafel für jedes Viertelpfund, das sie zu bestimmter Stunde für die Kundin bereithielten. Schon damals bedeutete das einen Aufschlag von mehr als 50 Proz., was sich wohl die wenigsten Hausfrauen klar gemacht haben dürften. Später half man sich mit Theater- und Konzertbillets; da aber die Mode nur 7 Tage hat, so blieb bei dem scharfen Wettbewerb der gewünschte Erfolg nur wenigen Häusern — meistens waren es Pächter und Direktoren von Theatern, Schauspieler oder Sänger, sowie deren Frauen — geblieben. Allmählich hat sich dann aus diesen „bescheidenen“ Anfängen ein regelrechtes Tauschgeschäft entwickelt, so daß, wer seine Ware sicher und schnell erhalten will, zu dem offiziellen Preis noch einen inoffiziellen entrichten muß. Am beliebtesten sind natürlich rationierten oder unter erschwerten Umständen erhältlichen Waren. Wer seinem Kohlenhändler Mehl oder Futter bieten kann, erspart sich nicht nur das leidige wochenlange Warten auf die ihm zuteilende geringe Menge Feuerung, sondern sein Lieferant bestimt sich auch wieder darauf, daß es noch immer Leute gibt, die sie dem Mühen in die Wohnung tragen. Wer seinem Schuster eine Kiste Zigaretten schickt oder ein Fläschchen selbstgebrannten Likörs opfert, braucht nicht 6 Wochen auf das Besohlen seiner besten Stiefel zu warten, sondern bekommt sie nach 24 Stunden geliefert, und das Leder, welches sonst unbedingt durch minderwertigen Ersatz vertreten werden müßte, hat sich alsdann auch glücklich angefünden. Ähnlich erhöht sich der vorchriftsmäßige Preis um den Betrag der Zigaretten, oder war es gar nicht einmal der vorchriftsmäßige? Sollte der empfängliche Meister nicht auch Verständnis für die Tatsache haben, daß der Kunde sich mit seiner vorgekauften Tributzahlung des Rechtes begeben hat, über Höchstpreisüberschreitungen zu murren? Sicherlich ist seine Position in dieser Hinsicht nicht gefestigt als diejenige gewisser Konsumentkreise, welche es für vorteilhaft erachtet haben, mit ihren Lebensmittellieferanten in gesellschaftliche Beziehungen zu treten und sich beispielsweise den sonntäglichen Halbbraten damit erkaufen, daß sie die Schlächterfrau, die ihnen sonst recht fernstand, hin und wieder zum Kaffeeladen einladen. Solche und ähnliche Dinge sind, so unglücklich sie klingen, wirklich passiert und gehören keineswegs mehr zu den Ausnahmefällen. Es scheint daher hohe Zeit, ein ernstes Wort darüber zu äußern, nicht nur, weil sie ein bedauerliches Zeugnis ablegen von der dem Konsumenten zugewandten und von ihm auf sich genommenen Entwürdigung, sondern auch, weil diese Mißstände breite Schichten der Bevölkerung schwer benachteiligen müssen. Wenn keine Mittel zur Verfügung stehen, dem guten Willen des Händlers oder Beständlers nachzugeben, oder wer dergleichen aus sittlichen Gründen verdrückt, der nicht allmählich immer wehrloser diesen durch und durch angefünden Verhältnissen gegenüber, bis schließlich auch er mit hineingezogen wird und der wirtschaftliche Wert der moralischen Mühe immer allgemeiner um sich greift. Es ist schwer zu sagen, von welcher Seite hier Abhilfe geschaffen werden sollte, um größeres Unheil zu verhüten, als schon geschehen ist. Auf die Selbstbestimmung der Käufer, die in erster Reihe gefordert werden müßte, zu rechnen, ist aussichtslos, solange das Maß des ihnen zuzurechnenden so knapp die Grenze des schlechweg Unentbehrlichen überschreitet, und folglich die Abhängigkeit von den Lieferanten so schwer auf ihnen lastet. Mit allem Nachdruck sollte aber den letzteren immer wieder das Verwehren und Gemeinshädliche ihres Verhaltens gezeigt und kein Mittel unversucht gelassen werden, um sie zu gleichmäßiger und gerechter Abfertigung ihrer Kunden zu bewegen.

Die Nochlifte. Da die Massenpeisung der Arbeiterschaft nicht den notwendigen Rückhalt geben kann und zugleich aus Gründen der Sparanfekt infolge Gas- und Kohlenknappheit ist in jedem Haushalte der Gebrauch einer Nochlifte sehr zu empfehlen. Sie ist das Ideal derjenigen, die die jetzt knappen und teuren Nahrungsmittel so weitgehendst wie möglich ausnützen und die Nährstoffe reißlos der Ernährung zugänglich machen. Durch das langsame Garkochen werden alle Nährwerte erschlossen, die blutbildenden Nährsalze und der aromatische Aether werden festgehalten und die Peisgabe von vielen nur schädlichen Gewürzen erübrigt sich. Fertigt gekocht kann darin alles werden bis auf die Kartoffeln, wozu vorteilhafter stotes Feuer benutzt wird. Der erwerbstätigen Frau hilft die Nochlifte über die Schwierigkeiten der Besorgung warmen Essens am besten hinweg. Auch die zu Hause schaffende Frau kann sich umsofort anderen Arbeiten widmen, da sie ihr Mittagbrot zu bestimmter Stunde gargekocht weiß. Auch vor Feuergefahr durch Kinder ist sie sicher beim Verlassen der Wohnung. Der Nochlifte kommt eine große Bedeutung zu, weshalb allorts durch Behörden oder Vereine Beratungsstellen eingerichtet sind. Die Industrie hat sich die Aufbereitung der Asfen aus Holz oder Eisenblech gemacht und brachte auch besondere Typen auf den Markt, aber alles zu sehr hohen Preisen, weshalb die Selbstherstellung empfohlen sein mag, die außer einer einfachen Nochlifte nur noch den fertig zu laufenden Verdampf sowie die Füllung mit Holzspäne oder

dergleichen erforderlich macht. Mühlenzergewinne und Hülsenfrüchte wie auch Dörrgewinne werden schon abends zuvor in dem zum Kochen bestimmten Topf und Wasser eingeweicht. Erst dann erfolgt das Aufkochen: Hülsenfrüchte 2^{1/2}, Mühlenzergewinne 3-10, Gemüse 5-15 und Obst 5-10 Minuten vom Wallen an gerechnet. Die letzten 5-10 Minuten darf der Topf nicht mehr gelüftet werden. Das Aufkochen in der Kiste dauert je nachdem 2-5 Stunden. In heftig wallendem Zustande bringe man die Speisen so schnell wie möglich in die vorbereitete Kiste schüttele sie schnell. Bei Hülsenfrüchten empfiehlt sich auch ein zweimaliges An- und Auslöchen, erstmalig abends, die Nacht hindurch, und dann früh bis zum Mittag, mit kürzerer Aufkochenzeit. Die Hauptsache ist ein gut schließender Topf, der die zum Aufkochen notwendige Hitze nicht entweichen läßt.

Briefkasten

Verichtigung. In der Tabelle über die Urabstimmung ist Landsberg nur mit 1 Stimme eingetragen. Es muß aber heißen: 18 für Vorschlag I. Entsprechend ändern sich auch die Endzahlen.

Eingegangene Schriften und Bücher

„Der Bibliothekar und Ratgeber für Hausbibliotheken“ beginnt seinen zehnten Jahrgang. Hand er seine Leser in allen Ländern Europas, in Amerika, Savanna, auf den Philippinen-Inseln, so blieb ihm — ganz mit Unrecht — der Weg in breitere Schichten der lesefreudigen und bücherliebenden Arbeiterwelt versperrt. Und doch gibt es keinen besseren Berater für sozialistisch denkende Menschen, sowie für solche, die in der Arbeiterbewegung tätig sind. Wer selbst Bücherkäufer ist, oder vor häufigen Bibliotheken in Anspruch nimmt, sollte Leser sein; den einen bewahrt er vor Schaden beim Bücherkauf und dem anderen weist er den Weg zur zweckmäßigen Auswahl der gewünschten Bücher. Außerdem bringt er zahlreiche Aufsätze aus dem Gebiete der Geschichte, des Christtums und aus vielen anderen Wissensgebieten.

Für die während und nach dem Kriege so überaus notwendige Bildung, nicht zum wenigsten der bereits in naher Verührung mit unserer Gedankenwelt stehenden Volkskreise, wäre es daher von unschätzbarem Vorteil, wenn der neue Jahrgang des Bibliothekars allüberall Eingang fände als Ratgeber für den einzelnen Bücherfreund. Dabei ist es unerleidi, ob dieser sein Wissen durch die Venüzung einer unserer Bibliotheken stärken oder dieses durch die allmähliche Anschaffung einer eigenen Hausbibliothek als das selbst zusammengetragene geistige Nützigen im Tageskampfe bereichern will.

Der Bezugspreis, jährlich sechs Doppelseiten, ist 3 Mk. für das ganze Jahr. Man bestelt bei Genossen Gustav Hennig, Leipzig-Comewitz, Hildebrandstr. 36 III, der die Zeitschrift im Jahre 1909 ins Leben rief.

Arbeiter oder Soldaten? Wer die Gründe der ungeheuerlichen Bewegung verstehen will, welche die Arbeiterklasse ergriffen hat, darf vor allem an der Frage der Behandlung der Arbeiter während des Krieges in den Fabriken und Vergewerken nicht vorübergehen. In einer Rede, welche der Reichsratsabgeordnete Teich im November im Abgeordnetenhaus gehalten hat und die nun in Broschürenform mit dem Titel: „Arbeiter oder Soldaten?“ vorliegt, wird in packender Weise vor Augen geführt, was die Arbeiter zu leiden haben und was die Militärinteressierten, deren Aufhebung die Regierung nunmehr zuzugeben mußte, bedeutet hat. Die Rede ist ein geschichtliches Dokument und verdient genau gelesen zu werden. Die Broschüre wird von der Wiener Volksbuchhandlung Wien VI, Gumpendorferstraße 18, gegen Voreinsendung des Betrages von 15 Heller versendet.

Rechtsfragen bei Todesfällen. Erläutert von Alfred Peiser, Arbeitersekretär, Breslau. Inhalt: Gesetzliche ältere Vorschriften bei Todesfällen. Verdrängung Arierreligiöser und Konfessionstoleranz. Beförderung der Leichen auf der Eisenbahn. Rückführung der Leichen gefallener Kriegsteilnehmer in die Heimat. Sterbebeurkundung gefallener Krieger. Die Feuerbestattung. Leichenreden auf Friedhöfen. Rechtsansprüche aus der sozialen Gesetzgebung. Anmeldung der Rechtsansprüche. Die Militärhinterbliebenenrenten und sonstigen Ansprüche. Die Abfindung der Kriegervitwen. Rechtsansprüche nach den Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches. Das Angebotsverfahren bei Verhollenen und Vermissten. Wichtige Adressen, Formulare. Preis 10 Pf. Verlag: Buchdruckerei Linke u. Richter, Breslau I, Wucherplatz 11.

Die Glocke, Sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft 9, m. b. H., Berlin SW. 68). Das eben erschienene Heft 44/45 enthält u. a. folgende Artikel: August Winnig: Der Damm bricht! Dr. Paul Leisch, M. d. N.: Die Eindeutschung der preussischen Junker durch das gleiche Wahlrecht. G. Feus, M. d. N.: Durch Nacht zum Licht! Viktor Schiff: Kleine Abrechnung. Franz Fiederich: Kosmos Phantasus. Gustav Dabbe: „Neue Wortkunst“. Cesar Wöhrl: Winterbild. Einzelhefte 30 Pf., vierteljährl. 3,50 Mk. bei allen Buchhandlungen und Postämtern.

Der andre aber . . .

Der eine postert seine Magenwände mit Ähren, Mehl und ähnlichem Geschlammpe — der andre aber reibt sich seine Hände und pflegt bedeutend besser seine Kampe.

Der eine glaubt an Himmel und Behörde und strapaziert mit Bitten sein Gebläse — der andre aber, frei von Darmbeschwerden, glaubt nur an Schinken, Butterbrot und Käse.

Der eine hat ein peinigendes Gewissen (und noch mehr Angst als weilsand Mut Rinaldo!) — der andre aber lächelt nur gerissen: „Doch ist der Himmel — weit ist Herr von Wasdow . . .“

Pauschen im „Vorwärts“.

Totenliste des Verbandes.

Friedrich Afor, Mannheim Nichtträger † 12. 1. 1918, 48 Jahre alt.	Wilh. Hilliger, Magdeburg Arbeiter † 21. 1. 1918, 62 Jahre alt.
Nikolaus Angulin, Altona Stadtgärtner † 5. 2. 1918, 62 Jahre alt.	Christ. Meiting, Augsburg Laternenwärter † 26. 1. 1918, 73 Jahre alt.
Adolf Baum, Hamburg Baudeputation † 17. 1. 1918, 56 Jahre alt.	Karl Opper, Mainz Kontrollleur † 20. 1. 1918, 64 Jahre alt.
Joh. Berckmeyer, Hamburg Verbrennung I † 22. 1. 1918, 64 Jahre alt.	G. Th. Schmidt, Frankf. a. M. Gasarbeiter † 5. 2. 1918, 42 Jahre alt.
Heinrich Bolhe, Hamburg Strom- und Hafenanbau † 28. 1. 1918, 64 Jahre alt.	August Scholz, Altona Gaswerk † 26. 1. 1918, 49 Jahre alt.
Ludwig Debus, Darmstadt Möbeler † 24. 1. 1918, 48 Jahre alt.	Joh. Siewert, Kassel i. M. Arbeiter † 8. 2. 1918, 72 Jahre alt.
Paul Handke, Berlin Möbeler † 1. 2. 1918, 33 Jahre alt.	Heinrich Stank, Hamburg Eisenwerk † 15. 1. 1918, 31 Jahre alt.
Heinr. Handschuh, Chemnitz Stadtarbeiter † 27. 1. 1918, 60 Jahre alt.	Joh. Wolfsteiner, München Gasarbeiter † 1. 2. 1918, 58 Jahre alt.
H. Hornburg, Hamburg Wadeanstalt † 23. 1. 1918, 32 Jahre alt.	G. Wünlke, Mengersdorf Invalide † 7. 2. 1918, 60 Jahre alt.



Opfer des Weltkrieges:

Karl Balduin, Berlin am 19. Juli 1915 im Alter von 34 Jahren gefallen.	Heinrich Klück, Hamburg am 3. September 1917 im Alter von 29 Jahren gefallen.
Alois Eggler, München am 20. Januar 1918 im Alter von 30 Jahren gefallen.	Heinr. Koch, Finkenwärder am 7. August 1917 im Alter von 23 Jahren gefallen.
Aug. Hildebrand, Hamburg am 1. August 1917 im Alter von 32 Jahren i. Lazarett gestorben.	Mich. Sattler, München am 29. Dezember 1917 i. Alter v. 40 Jahren i. Lazarett gestorben.
Karl Holt, Stettin am 2. August 1916 im Alter von 43 Jahren gefallen.	Karl Jander, Hamburg am 3. Dezember 1917 i. Alter v. 29 Jahren i. Lazarett gestorben.

Ehre ihrem Andenken!